

I. Anmeldung

TOP: 3.0

Jugendhilfeausschuss Sitzungsdatum 26.07.2018 öffentlich

Betreff:

**Familiäre Bereitschaftsbetreuung – Bericht zum Kinder- und Jugendnotdienst;
Hier: Anträge der Stadtratsfraktionen Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2017,
CSU vom 23.11.2017 und SPD vom 06.03.2018**

Anlagen:

- 3.1 Entscheidungsvorlage
- 3.2 Beschluss

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
JHA	13.07.2017	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
JHA	24.03.2011	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Über den Kinder- und Jugendnotdienst (KJND), eine Kooperationseinrichtung des Jugendamts der Stadt Nürnberg mit dem Schlupfwinkel e. V., wird jährlich im Jugendhilfeausschuss berichtet.

Seit Jahren bemüht sich die Verwaltung des Jugendamts um die Gewinnung neuer Fachkräfte für die Familiäre Bereitschaftsbetreuung FBB. Die FBB ist Bestandteil des Kinder- und Jugendnotdienstes und ist für die Inobhutnahme in Krisenfällen von Kleinstkindern zuständig. Der Mangel an Fachkräften ist kein spezifisches Nürnberger Phänomen. Aus dem Interkommunalen Vergleichsring ist bekannt, dass sich in allen bundesdeutschen Großstädten dieser Mangel spiegelt. Nachdem über lange Zeit die finanziellen Bedingungen der FBB-Kräfte unverändert geblieben sind, möchte die Verwaltung des Jugendamts nun die Sätze und die strukturellen Bedingungen deutlich verbessern.

Gleichzeitig berichtet die Verwaltung des Jugendamts über aktuelle Entwicklungen im Kinder- und Jugendnotdienst, der in gemeinsamer Trägerschaft mit dem Schlupfwinkel e.V. betrieben wird.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:

Leitlinie 1: Familie stärken, Erziehung unterstützen

Leitlinie 2: Bildung fördern, früh beginnen

Leitlinie 3: Rechte von Kinder und Jugendlichen durchsetzen

Leitlinie 9: Zuwanderung gestalten, interkulturelle Vielfalt leben

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten 150.000 €

Folgekosten 150.000 € pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv €

davon Sachkosten 150.000 € pro Jahr

davon konsumtiv 150.000 €

davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Kultur und Herkunftsländern wird berücksichtigt.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Ref. V

Nürnberg, 16.07.2018
Pröß

(5500)